

# Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

67. Jahrgang

Berlin, den 5. Januar 1929

Nummer 2

Bezugpreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug · Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto · Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend · Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreibundstr. 5

## „Arbeitskämpfe oder Arbeitsgemeinschaft“

Die „Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker“ gab ihrem mit Ende 1928 zum Abschluß gekommenen 40. Jahrgang ein besonderes Finale durch einen Leitartikel unter der Überschrift „Arbeitskämpfe oder Arbeitsgemeinschaft“. Dieser Problemstellung wird ein kurzer Rückblick auf hervorragende Merkmale der allgemeinen wirtschaftspolitischen Entwicklung im vergangenen Jahre zugrunde gelegt, der in folgenden Schlußsätzen ausklingt:

Wir wollen der Hoffnung Ausdruck geben, daß die Arbeiterschaft des Buchdruckgewerbes und ihre Gewerkschaftsführer sich über diese Zusammenhänge klar werden. Auch im Buchdruckgewerbe kann keine Lohn- und Sozialpolitik getrieben werden, die nicht Rücksicht nimmt auf die Kapital- und Preisentwicklung und die konjunkturelle Lage des Gewerbes. Erst wenn die Arbeiterschaft eingesehen hat, daß sie nicht im Gegensatz zu ihren Prinzipalen und ihrem Gewerbe stehen darf, sondern mit diesen zu einer Gemeinschaft verbunden sein muß, dann wird das Buchdruckgewerbe eine Entwicklung nehmen können, die für beide Teile von Nutzen sein wird.

Das ist ganz schön gesagt und enthält auch einige beachtenswerte Gedanken. Es ist nur schade, daß sie trotz des angelegentlichsten Gemeinlichkeitsgedankens sich in dem alten falschen Gleise bewegen, das keinerlei Sicherheit für eine bessere Entwicklung bietet, sondern alles beim alten belassen möchte. Denn mit der Hoffnung, daß die Arbeiterschaft des Gewerbes und ihre Gewerkschaftsführer sich über „diese Zusammenhänge“ klar werden, dürfte es so lange sein Bewenden haben, als eben die in Frage kommenden Zusammenhänge, auf die wir noch näher eingehen werden; in Wirklichkeit wesentlich anders sind, als dies von Unternehmerseite darzustellen beliebt wird, insofern eben auch die Wirkungen dieser Zusammenhänge ganz andere sein müssen, als dies die Unternehmer erkennen können.

Daß auch im Buchdruckgewerbe keine Lohn- und Sozialpolitik getrieben werden kann, die nicht Rücksicht auf die Kapital- und Preisentwicklung und die konjunkturelle Lage des Gewerbes nimmt, ist zwar nicht überflüssig, hat aber den Kardinalfehler, daß sowohl die Kapital- wie die Preisentwicklung zwei ganz verschiedene Dinge sind, über die im deutschen Buchdruckgewerbe der Arbeiterschaft des Gewerbes von Unternehmerseite her seit langer Zeit allerhand falsche Angaben gemacht werden, besonders auf dem Gebiete der Kapitalentwicklung. Wenn man nämlich den inneren und äußeren Ausbau der deutschen Buchdruckereibetriebe etwas näher ins Auge faßt, dann kann man in 90 von 100 Fällen feststellen, daß in den letzten zehn Jahren Kapitalfestlegungen in so außerordentlichem Umfang erfolgt sind, daß sie weit über das tatsächliche Bedürfnis hinausgehen. In welchem Umfange das zutrifft, sei einer späteren besonderen Feststellung vorbehalten. Vorläufig fassen wir unsere diesbezüglichen Beobachtungen und Erfahrungen nur in die Schlußfolgerung zusammen, daß durch eine über das aus wirtschaftlichen Gründen berechtigte und erforderliche Maß weit hinausgehende Art der ganze mehrgangige und sonstige Produktionsapparat des Buchdruckgewerbes so aufgebläht worden ist, daß nur darin die Hauptursache einer geradezu unverantwortlichen Schuldverfallung zu erblicken ist. Die seit Jahren anerkanntenswerten Bestrebungen des Deutschen Buchdrucker-Vereins, auf dem Gebiete des Druckpreistarifs etwas mehr Ordnung und Einheitslichkeit zu schaffen, stehen diesen Tatsachen machtlos gegenüber. Nach unserer Ansicht wäre es allerdings besser gewesen, der Deutsche Buchdrucker-Verein hätte seinen

Preistarif in einem Rahmen gehalten, der seinen eignen Mitgliedern in der Praxis weit weniger Spielraum nach unten gelassen hätte. Nur die Möglichkeit, den Preistarif bis auf 50 und noch mehr Prozent zu unterbieten und dabei doch noch Kapitalien nicht nur für den Ersatz naturgemäß verbrauchter Produktionsmittel und -anlagen, sondern noch für weitere und größere festlegen zu können, hat es mit sich gebracht, daß auch Konjunkturschwankungen für das gesamte Gewerbe heute viel nachteiliger und empfindlicher geworden sind als in früheren Jahren. Wäre es der Arbeiterschaft des Buchdruckgewerbes infolge ihrer vorbildlichen Geschlossenheit nicht möglich gewesen, auf dem Lohngebiet einen Teil der Produktionskosten zu einem stärkeren Faktor zu machen und dadurch ihren berechtigten Anteil an den Erträgen des Gewerbes zu erhöhen, so wären sowohl auf dem Preisgebiete wie in der Überfüttigung an Produktionsmitteln die Zustände noch viel trostloser. Hier handelt es sich also durchweg nicht um Schattenseiten der gewerblichen Lage, die von der Arbeiterschaft verschuldet oder von ihr zu verantworten wären, sondern um privatkapitalistische Konstruktionsfehler, für die nur den Unternehmern die Verantwortung zuzuschreiben ist. Wir möchten den Prinzipalen dringend empfehlen, diese Kennzeichnung der Verhältnisse in unserm Gewerbe nicht mit allgemeinen Lebensmaximen abtun zu wollen. Denn die Gehilfenschaft hat heute fast überall einen tieferen Einblick in die gewerblichen und betrieblichen Verhältnisse. Sie sieht mit eignen Augen und hört mit eignen Ohren, auf welche Ursachen die eine oder andre Betriebskalamität zurückzuführen ist. Sie durchschaut auch die falschen Darstellungen von Prinzipalsseite über die heutigen Verhältnisse, die mit wenig Ausnahmen ganz andre Fehlerquellen haben, als dies die Prinzipale selbst zugeben wollen. Wir haben Verständnis dafür, daß man sich nicht gern selbst anklagt; der böse Nachbar und der bekannte große Unbekannte, der nicht nur vor den Schranken in Justizsalen seit alten Zeiten immer wieder sein Heil versucht, haben heutzutage in wirtschaftlichen Fragen keine große Zugkraft mehr und noch weniger Beweiskraft. Es mag daher sehr bequem für die „Zeitschrift“ sein, all diese Binsenwahrheiten in der Erwartung auf die Seite zu schieben, daß die Arbeiterschaft einsehen würde, daß sie nicht im Gegensatz zu ihren Prinzipalen und ihrem Gewerbe stehen darf, sondern mit dieser zu einer Gemeinschaft verbunden sein müßte; aber ein Weg aus dem Holze ist das doch nicht. Denn jede Gemeinschaft unter Menschen erfordert weit mehr gegenseitiges Vertrauen. Sie darf nicht darin bestehen, daß man z. B. dem einen kostspielige Kontrollapparate an jedes Gelenk hängt und den andern schalten und walten läßt, wie es ihm gerade beliebt. Wo soll der Arbeiter Glauben an Gemeinschaftsgeist zwischen Unternehmertum und Arbeiterschaft hernehmen, wenn ihm der Unternehmer noch nicht einmal seine täglich oder wöchentlich schriftlich abgelegte Rechenschaft über seine Arbeitsleistungen glaubt? Wo bleibt demgegenüber für den Arbeiter der Nachweis der Unternehmerleistungen? Schon dieses eine Beispiel aus der Kartothek des neuzeitlichen Gemeinschaftsgeistes in Unternehmertum spricht ganze Bände für dessen innere Haltlosigkeit. Es wird leider auch im Buchdruckgewerbe nicht möglich sein, über die mit diesen Symptombildern verbundenen Dinge hinwegzukommen, solange nicht auf Unternehmerseite erkannt wird, daß eine gemeinschaftliche Verbundenheit etwas ganz anderes ist, als sich dies der größte Teil der Prinzipale bisher vorgestellt hat.

Um dies im Interesse der Sache noch etwas begreiflicher zu machen, wollen wir nachstehend die theoretische Grundlage des von der „Zeitschrift“ zum

Jahresabschluß gewählten Themas „Arbeitskämpfe oder Arbeitsgemeinschaft“ noch etwas schärfer prüfen. „Wir wissen alle“, heißt es in der Einleitung, „daß Deutschland keine oder nur geringe politische Macht, sondern nur wirtschaftliche Macht besitzt. Seine Wirtschaft ist sein Schicksal. Wirtschaftliche Fragen bestimmen unser Leben. Ihnen ordnet sich alles andre mehr oder minder bereitwillig unter. Diese Wirtschaft, von deren Blüte und ruhiger Entwicklung unser Leben abhängt, stand auch im laufenden Jahre, wie in so vielen andern Jahren der Nachkriegszeit, im Zeichen des Arbeitskampfes. Trotz unserer ungeheuren Lasten ist keine soziale Befriedigung eingetreten. Im Gegenteil: Wir sind heute mehr als je das klassische Land der sozialen Hege und Zerrissenheit, das Land des Klassenkampfes, der neben der Soziallast noch unberechenbare Summen volkswirtschaftlichen Kapitals verschlingt.“ Daß wirtschaftliche Fragen unser Leben bestimmen, hat schon Karl Marx mit aller Deutlichkeit nachgewiesen, ebenso die Notwendigkeit, daß sich daraus die sogenannten Arbeitskämpfe ergeben, weil eben die menschliche Arbeitskraft und ihre Verwertung das A und das O der Wirtschaft darstellt. Wäre die menschliche Arbeitskraft ein beliebig vermehrbarer Stoff der Natur und keine Kraft, deren Erfindung vom menschlichen Leben überhaupt abhängt, insofern eben die Erhaltung und Fortpflanzung des letzteren die Hauptfrage ist, dann könnte es auch keine Arbeitskämpfe oder keinen Kampf ums Dasein geben. Die Art dieses Kampfes ums Dasein hängt nur davon ab, in welchem Umfang die Lebensmöglichkeiten für die Menschen von Natur aus oder durch mehr oder weniger willkürliche Schranken getrennt oder gefördert werden. Soziale oder gesellschaftliche Lasten ergeben sich aus den gleichen Gründen. Sie fehlen dort, wo die Wirtschaft als Verwertung der Naturstoffe und -kräfte im Dienste des menschlichen Lebens so viel an Erhaltungsmöglichkeiten schaffen kann als Bedarf dafür vorhanden ist. Daß sowohl der Bedarf wie dessen Deckungsmöglichkeit immer größer werden, kann man ebenfotig als wirtschaftlichen wie kulturellen Fortschritt bewerten; der Umfang des gesellschaftlichen Fortschritts ergibt sich erst aus der Zahl der Menschen, die in gleichberechtigter Weise an einer besseren und freieren Lebenshaltung teilnehmen können. Ist die Zahl der letzteren innerhalb einer Volksgemeinschaft kleiner als jene, die davon mehr oder weniger ausgeschlossen ist, dann ist eben ein sozialer Kampf um diese Gleichberechtigung weder willkürlich noch künstlich, sondern eine der menschlichen Natur eigne Selbstverständlichkeit. Dieser Kampf ist natürliche Folge willkürlicher Bindung oder Knechtung und nichts anderes. Alle Morallehren, die dem entgegenwirken wollen, sind unnatürlich und bilden daher auch nur neue keine verschärften Widerstandes in dieser oder jener Form. Wenn daher Deutschland, und damit das deutsche Volk mit Recht als das Land oder Volk der sozialen Hege und Zerrissenheit charakterisiert werden könnte, so dürfte die Schuld daran nur jene Kreise treffen, die ihren Volksgenossen Opfer an Lebenszeit und Arbeitskraft zumuten, die sie für sich selbst nicht zu tragen gewillt sind. Daß aus solchen Verhältnissen heraus Lohnkämpfe, Streiks und Klassenkämpfe entstehen, die neben der sogenannten Soziallast noch unberechenbare Summen volkswirtschaftlichen Kapitals verschlingen, ist für die an solchen Kämpfen beteiligten Arbeiter nichts weniger als ein Mafel, wohl aber charakteristisch für ihre Gegner, mit denen sie es zu tun haben. Weder das deutsche Unternehmertum im allgemeinen, noch die Unternehmer im deutschen Buchdruckgewerbe können für sich in Anspruch nehmen, der Arbeiterschaft in ihrem berechtigten Streben auf Verbesserung ihrer Lebenshaltung jenseits weiter ent-

gegengelommen zu sein, als sie unter dem jeweiligen Zwange der Verhältnisse in u. s. w. Daß die deutsche Arbeitererschaft auch in Zukunft nur im Maßstab ihrer eignen Widerstandskraft gegen privatkapitalistische Ausbeutungstendenzen weiterkommen kann, wird so lange nicht zu bezweifeln sein, als die Unternehmer nicht endlich erkennen und danach handeln, daß auch sie nur im Dienste der Volkswirtschaft stehen und nicht deren Herren sein können. Wie weit wir selber besonders in Deutschland noch von einer solchen Erkenntnis in Unternehmerkreisen entfernt sind, be weisen die weiteren Kommentierungen deutscher Arbeiterkämpfe durch das Prinzipalorgan, die wir in Fortsetzung dieses Themas in nächster Nummer noch eingehender beleuchten werden. Es wird sich dabei Gelegenheit bieten, auf sehr eigenartige Schlussfolgerungen der „Zeitschrift“ aus Verkauf und Resultat der Revolt der Eisenbarone gegen Schlichtungsweisen und Staatsgewalt mit gewissen Spekulationen auf kommende Dinge im eignen Gewerbe noch näher einzugehen.

### Die Bedeutung der Gewerkschaftsarbeit

Es sind in Deutschland 22 Proz. der Arbeiter in Berufsverbänden organisiert; 30 Proz. allein in den freien Gewerkschaften. Das ist viel, wenn man damit die gewerkschaftliche Entwicklung anderer Länder vergleicht, wenig, wenn man das Wesen, den Sinn und die große Bedeutung der Gewerkschaftsmacht für Wirtschaft und Kultur betrachtet. Die Arbeitererschaft mag stolz sein auf das, was sie in verhältnismäßig kurzer Zeit erreicht hat. Sie kann mit Selbstvertrauen an ihren wichtigsten Organisationsaufgaben weiterarbeiten. Aber sie darf auch keinen Augenblick vergessen, daß es noch ungeheurer viel für die wirtschaftlich Abhängigen zu erkämpfen gibt.

Das Hauptgewicht wird immer darauf gelegt werden müssen, den gewerkschaftsgebundenen zu verliehen. Die Mitglieder müssen nicht bei dem Alltäglichen der Gewerkschaftsarbeit stehen bleiben, sie müssen immer deutlich fühlen, daß hinter ihrem Streben eine Weltanschauung steht, eine Weltanschauung, die in vielem mit den herrschenden Lebensauffassungen der Gegenwart nicht zu vereinbaren ist. Es handelt sich um viel mehr als um Lohn- und Gehaltsverbesserungen und um Erleichterung der Arbeit, um gesetzlichen Schutz gegen Ausbeutung und Knechtung, so wichtig das selbstverständlich alles ist. Die Gewerkschaften haben sich darauf hin, dem Zusammenleben und Zusammenarbeiten der Menschen eine ganz andere Grundlage zu geben, als sie das liberale Wirtschaftssystem geschaffen hat, dieses Wirtschaftssystem, das den Kampf aller gegen alle schuf und jetzt dazu drängt, unter den Bestizern der Produktionsmittel selbst das Kampfmoment zu beseitigen, damit man, einig und geschlossen unter sich, alle wirtschaftlich Abhängigen um so vollkommener in die Hand bekommt.

Wirtschaftlich Abhängige sind nicht nur die Lohn- und Gehaltsempfänger, sondern auch die Verbraucher, die Käufer, Mieter usw. Die Macht der Substanzbesitzer, der Bestizzer des sogenannten Volkvermögens, ist heute, nun diese im Recht Bevorzugten über hundert Goldmarken Markt Vorkriegsgeldnoten einfach streichen konnten, ungeheuer groß. Nach der Verschlingung des „Volkvermögens“ in die Hände der Haus-, Grund- und Produktionsmittelbesitzer ist der gewerkschaftliche Selbstschutz noch viel bedeutungsvoller geworden, als er früher schon war. Die Gewerkschaftsmacht ist heute der Faktor, der das gesellschaftliche Leben wenigstens so weit ausgleicht, daß sich diejenigen, die nichts besitzen oder plötzlich infolge eines „gesetzlichen“ Gewaltaktes nichts mehr besitzen, überhaupt noch als Staatsbürger fühlen können. Wir würden erst jetzt den ganzen häßlichen Charakter des kapitalistischen Wirtschaftssystems kennen lernen, wenn eben die gewerkschaftliche Macht nicht wäre. Diese gewerkschaftliche Macht ist die wichtigste Grundlage unseres Seins, des Seins aller derjenigen, die nur leben können, wenn die „Bestizzer“ der Existenzmittel „des Volkes“ ihnen Arbeitsmöglichkeit geben und wenn sie gestatten, auf „ihrem“ Grund und Boden, in „ihren“ Häusern zu wohnen und zu arbeiten. Die Mittelbestizzer, die die Eigentümer an diesen „nationalen“ Substanzwerten hatten, sind vernichtet worden. Nun wären die Substanzbesitzer ganz die Herren im Lande, wenn eben die Gewerkschaftsmacht nicht wäre.

Die Gewerkschaftsmacht muß der Verfassung und dem Recht erst Leben einhauchen. Ohne diese Macht könnten die wenigen Bestizzer des „Volksvermögens“ schrankenlos ihr Alleinbesitzrecht an der Lebenssubstanz des Volkes zu ihrem persönlichen Vorteil ausnützen. Und sie könnten die Existenzmittel „des Volkes“ nach Belieben ganz oder teilweise ihrem Zweck, alle Einwohner des Landes zu ernähren, entziehen. Beides kommt auch trotz der Gewerkschaftsmacht noch oft genug vor. Um den kapitalistischen Machtmißbrauch immer mehr einzuschränken, muß eben die Gewerkschaftsmacht noch größer werden. Darum arbeite jeder Gewerkschaftler für die Mehrung dieser Macht, er werde neue Mitglieder, wo er nur Gelegenheit dazu hat, er kläre überall auf über die Aufgaben unseres liberalen Gesellschafts- und Wirtschaftssystems, die ungeheuer großes Unrecht und brutale Gewalt widerspiegeln.

Es gibt für Arbeiter, Angestellte und Beamte nichts, was erster genommen werden muß als die gewerkschaftliche Einigung, die feste Zusammenfassung aller, die die gleichen Interessen und Ziele haben. Es darf nicht eher gerührt werden, als bis der letzte, der dem Gewerkschaftsleben noch gleichgültig gegenübersteht, erkannt hat, wie wichtig der gewerkschaftliche Selbstschutz und die Bildung eines einheitlich geschulten Arbeiterwillens ist. Von der Stärkung der Gewerkschaftsmacht hängt ja für das wirtschaftliche und soziale Wohl der Arbeitenden und gleichzeitig für das Wohl des ganzen Volkes geradezu alles ab. Wo keine Gewerkschaftsmacht ist, da ist der einzelne Arbeiter schutzlos und rechtlos. Die sozialen Schutzgesetze, die entstanden sind, weil sich ein Arbeiterwillen bildete, werden nur Bestand haben, nur weiter ausgebaut werden, wenn steigende Gewerkschaftsmacht es fordert und erzwingt. Alles Menschenrecht ist durch Kampf entstanden und wird wieder auseinanderfallen, sobald kein Kampfeswille mehr hinter ihm steht. Darum muß der Selbstschutz, der Kampfswille dem Gewerkschaftsleben den Hauptinhalt geben. So nur können die Rechte, die Freiheiten und Sicherheiten der Arbeiter erweitert werden, so nur ist die Lage der wirtschaftlich Abhängigen ideell und materielles zu bessern. Das Kampfmoment muß im Gewerkschaftsleben immer wieder kräftig betont werden.

Den vielen Arbeitern, die noch den freien Gewerkschaften fernstehen, muß vor allem gesagt werden, daß ihr Verhalten gegen die Gewerkschaften, die die Natur allem Leben, auch dem Leben der Menschen, gegeben hat, Wertlos wissenlos und wunschlos bleiben läßt oder faullos die Parteien mitgenießt, die andere erkämpfen, gibt keine Menschenwürde preis, benimmt sich unanständig und unehrenhaft. Kant sagt: „Das Leben, das sich selbst keine Fragen stellt, das Geschickliche nicht auf ihre Ursachen zurückführt, das nicht zweckbestimmend in die Zukunft schaut, ist gar kein menschliches Leben; es ist das Leben eines Tieres. Der Mensch ist zunächst seiner selbst willen da und nicht als Mittel der Willkür anderer.“

Darum dient ja aller Gewerkschaftskampf nur dazu, die Arbeiter davor zu schützen, Willkürobjekt derjenigen zu sein, die sich anmaßend die Bestizzer der Naturkräfte und der menschlichen Selbsthaltungsmittel nennen, die doch notwendig allen gehörenden müssen. Die heutige Gesellschaftsordnung zeigt der näheren Zukunft überall die Merkmale der Willkür, des Unrechts, der Gewalt und der Unmatur. Es ist Pflicht, dafür zu kämpfen, daß etwas Besseres, Edleres, Naturwahreres an ihre Stelle gesetzt wird. Wer es nicht tut, erfüllt nicht die wichtigste Aufgabe des Lebens, die verlangt, sich selbst gegen Unrecht und Gewalt zu schützen und für das Gerechte und Gute zu kämpfen, wo es nur irgend möglich ist.

Es ist durchaus nicht so, wie viele Arbeiter es sich vorfassen oder wahrheitsfalsch oft auch nur einzureden, daß es „ganz in ihrem freien Willen“ stände, ob sie ihrer Gewerkschaft und Gewerkschaft beitreten wollen oder nicht. Gewiß, äußerlich, gesellschaftlich und gesetzlich ist es so. Aber das ungeliebte Gesetz in der Menschenbrust, das Gewissen, das sittliche Empfinden sagt jedem, der durch andre für sich „die Kastanien aus dem Feuer holen läßt“, daß er schuldig handelt. Jeder, der nur etwas nachdenkt, etwas aufmerksam das Lebens- und Wirtschaftsverhältnisse unserer Zeit betrachtet, muß einsehen, daß der organisierte Selbstschutz, die organisierte Selbstverteidigung wichtiger ist als irgend etwas sonst.

Die Unternehmer wissen, daß die gesamte Wirtschaftsentwicklung, daß besonders die unerlässlich fortschreitende Großbetriebsbildung die Entwicklung des Gewerkschaftslebens fördern wird. Sie wissen, daß die natürliche Gestaltung der wirtschaftlichen Dinge schließlich auch den letzten Arbeiter in die Gewerkschaft drängen muß, mag er wollen oder nicht. Die wirtschaftlichen Verhältnisse und die Rechtsverhältnisse, die sie hervorbringen, gestalten sich so, daß der Nichtorganisierte einfach den Boden unter den Füßen verliert und keinen Halt und keine Sicherheit mehr hat. Das ist heute schon deutlich erkennbar. Der Unternehmer muß sich der Zeit und ihren Erfordernissen anpassen und der Arbeiter muß es auch. Die Unternehmer haben ihre Organisationsmittel mit großem Eifer ausgebaut und gestärkt. Jetzt sind sie mit ebensolchem Eifer bemüht, der weiteren Stärkung des Gewerkschaftslebens zuvorzukommen. Das große Heer der Nichtorganisierten, das nicht dauernd in seiner abwartenden Stellung verharren kann, soll für eine Scheinorganisation gewonnen werden, bevor die Gewerkschaften die noch Fernstehenden aufnehmen. Wäre das Heer der Nichtorganisierten weniger groß als es leider noch ist, es hätte keinen Sinn, gelbe Wertvereine zu gründen und mit auffallend großem Eifer auf den Gang der Jugendlichen bedacht zu sein. Diese Bestrebungen der Unternehmer könnten leichter genommen werden, wenn die Arbeiter in ihrer großen Mehrheit bereits gewerkschaftlich organisiert wären. Für Organisierte sind die Maßnahmen der Unternehmer durchsichtig und daher ungeschmeichlich. Mit den Nichtorganisierten und der nicht unterrichteten Jugend aber ist es etwas andres.

Der neue Plan der Unternehmer, die Gewerkschaftsmacht von innen heraus zu brechen, ist namentlich deshalb gefährlich, weil er in das täuschende Gewand der Wissenschaft und der sozialen Fürsorge geteilt ist. Das Deutsche Institut für technische Arbeitssicherung mit seinen Schulen, Werkstätten und Vereinen für Fortbildung, seinen Unterhaltungs- und Wohlfahrtsvereinen, seinem Zeitschriftenwesen und seinen Werkstätten und Sporteinrichtungen deutet äußerlich gar nicht darauf hin, daß es ein

Mittel sein soll, die Gewerkschaftsmacht zu unterhöhlen. Ganz allmählich soll der Geist des Arbeiters in das privatkapitalistische Weltbild eingeführt werden, das natürlich in den schönsten Farben gezeichnet wird. Es fehlt nur die vielgerühmte „Wertgemeinschaft“, so will man die Arbeiter glauben machen, und alles endet sich zum Besten.

Es muß mit allen Mitteln der Aufklärung auf die Arbeiter dahin eingewirkt werden, daß sie das ruhige sachliche Denken und Urteilen nicht verlieren. Sie müssen auch in Zukunft, ja, in Zukunft erst recht, den mühsam errichteten Selbstschutz, die freie Gewerkschaft, als wahre und als einzig zuverlässige Stütze im wirtschaftlichen Interessenstreit ansehen. Nur wenn die Gewerkschaftsmacht sich fortgesetzt weiterentwickelt, wird das Los der Arbeiter sich verbessern und die Wirtschaftssicherheit und Wirtschaftssolidität sich erhöhen.

### Demokratie und Gewerkschaften

Es lag ein tiefer Sinn darin, als Sidney und Beatrice Webb 1897 ihrem Buch über die britische Gewerkschaftsbewegung den Namen „Industrial Democracy“ (Industrielle Demokratie) gaben. Bedauerlich ist es, daß dieser Name in der deutschen Übersetzung verloren ging (in der deutschen Ausgabe heißt das Buch: „Zur Theorie und Praxis der englischen Gewerkschaften“). In Wahrheit gaben die Webbs durch den Namen Industrial Democracy der Gewerkschaftsbewegung eine Theorie, die in dem Begriff der konstitutionellen Fabrik mündete, im Gegensatz zum Herr-im-Haus-Standpunkt ...

Durch die große französische Revolution 1789 erhielt die Menschheit über Nacht eine neue Zielrichtung; Das demokratische Zeitalter zeigte sich an. Der Gedanke „Der Mensch ist geboren zur Freiheit, er ist frei“ errang den Sieg über die Mächte des Abglaubens, der Dunkelheit und der individuellen Gebundenheit. Liberté, Egalité, Fraternité (Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit) verkündete die französische Revolution mit wuchtiger Gebärde, das alte moschee Gebäude der feudalen Gesellschaftsordnung mit seiner Hürigkeit zertrümmern. Der soziale Gesellschaftsvertrag von Jean Jacques Rousseau, dem großen französischen Denker, der der Revolution den geistigen Inhalt verlieh, wurde zum Gesellschaftsprinzip erhoben. Aber nicht nur das, ... der Begriff des Rechts“ sagte der deutsche Philosoph und Rechtslehrer Hegel, „machte sich mit einem Male geltend, und dagegen konnte das alte Gerüß des Unrechts keinen Widerstand leisten. In G e d a n k e n e s R e c h t s ist also jetzt eine Verfassung errichtet worden, und auf diesem Grunde sollte nunmehr alles basieren sein. Solange die Sonne am Firmament steht und die Planeten um sie kreisen, war das noch nicht gesehen worden, daß der Mensch sich auf den Kopf, das ist auf den Gedanken, stellt und die Wirklichkeit nach diesem erbaut.“

In ökonomischer Hinsicht entstand der „freie“ Arbeiter, losgelöst von der feudalen und Junkergesellschaft. Die Revolution verkündete die uneräußerlichen Menschenrechte. Schon in 1802 fand Graf Saint Simon, der große Hellseher, daß die Revolution nur den Weg zur politischen Demokratie ebnet hatte und der Kaufkaufliche soziale Gesellschaftsvertrag nur ein privater Rechtsvertrag war. Solange aber nur der individuelle Arbeitsvertrag bestand, stand das gleiche Recht für die Arbeiter auf dem Papier. Das große Verdienst Saint Simons ist es, erfaßt zu haben, daß ein Unterschied zwischen politischer und sozialer Demokratie besteht, und er war der erste, der von der Notwendigkeit der wirtschaftlichen Demokratie sprach. Seine Vorschläge zur Lösung des Problems waren zwar utopisch, aber worauf es ankam, hatte er erfaßt. Eine Macht aber, deren Aufgabe es gewesen wäre, die neuen Gedanken aufzugreifen, bestand nicht. Das Proletariat war noch eine zusammenhanglose Masse ohne Ziel und Richtung. Selbst in England war die gewerkschaftliche Organisation schwach und unbedeutend und wurde stark beeinflusst von den Gedankengängen der zugrunde gegangenen Junkerverfassung. Außerdem beherrschte auch die bürgerliche Rechtsauffassung von der politischen Demokratie das Feld vollständig. Zweifellos drehten sich die Kämpfe des neunzehnten Jahrhunderts um Erringung der politischen Demokratie. In Deutschland wurde diese erst durch die Revolution von 1918 verwirklicht.

Es ist nun wirklich nicht ohne Interesse, daran zu erinnern, daß Sidney und Beatrice an der Schwelle des neuen Jahrhunderts durch ihr Buch über Industrial Democracy die Forderung der wirtschaftlichen Demokratie in den Vorbergrund des öffentlichen Lebens rückten. Heute ist wohl die Frage berechtigt, ob es purer Zufall war, daß die Webbs den Begriff der wirtschaftlichen Demokratie herauskristallisierten? Das war es durchaus nicht. Die Gewerkschaftsbewegung wurde zum Zentralproblem der wirtschaftlichen Entwicklung. Es entstand der Drang zum gewerkschaftlichen Sozialismus. Wohl gab es in Deutschland Leute, die die Zeichen der Zeit nicht verstanden, und Rosa Luxemburg schrieb in jener Zeit noch, die Gewerkschaften seien nicht in der Lage, den Arbeitern einen Einfluß auf den Produktionsprozeß zu erwirken. Das Einnehmen eines solchen Standpunktes bewies aber, daß man an der Möglichkeit zweifelte, innerhalb der heutigen Gesellschaftsordnung merkliche Verbesserungen für die Arbeiterklasse zu erringen. Man begriff nicht, daß die gesellschaftliche Entwicklung am Wendepunkt angelangt war und neue Bahnen beschritten werden mußten. Diese neuen Bahnen lagen aber auf dem Gebiete der sozialen oder wirtschaftlichen



lichen Demokratie. Hatte die französische Revolution die Ara der politischen Demokratie, d. h. der rechtlichen Gleichberechtigung, eingeführt, so entstand nun der Wille zur wirtschaftlichen Machtentfaltung der Arbeiterklasse. Es entstand mit einem Wort der Drang nach wirtschaftlicher Macht. Die bürgerliche Demokratie glaubte ihr Ziel durch Einführung des Grundgesetzes: „Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich“, erreicht zu haben. Wirtschaftlich betrachtet, wurde dieser Grundsatz durch die Tatsachen Lügen gestraft. Es zeigte sich, daß der Arme weniger Rechte hat als der Reiche, was der große Spötter Heinrich Heine so schilderte:

... denn ein Recht zum Leben, Lump,  
Haben nur die, die etwas haben!

Sollte also der Grundsatz der politischen Demokratie zur Wahrheit werden, so bedürfte er der Ergänzung durch die wirtschaftliche Demokratie. Zur vollen Entfaltung kam dieser Gedanke erst mit den revolutionären Ereignissen nach dem Kriege. Die Träger des Gedankens sind die Gewerkschaften. Naturnotwendig sind sie die berufenen Vertreter der Arbeiter in Fabrik und Werkstatt. In der deutschen republikanischen Reichsverfassung erhielten die Gewerkschaften den lebendigsten Ausdruck dieser Wertschätzung. Es ist deshalb auch purer Unsinn, noch den alten Gedankengängen nachzugehen. Wer wollte leugnen, daß der Staat von heute ganz anders ist, als der Staat von 1802, wo Saint Simon zuerst den Grundsatz der Wirtschaftsdemokratie propagierte? Wenn dem nicht so wäre, wie könnten dann in gewissen Unternehmerrufenen Sätze stehen wie diese: „Der Glaube an die Staatsallmacht verführt Regierungen und Parlamente zu immer weitergehenden Eingriffen in die Wirtschaft“, wie es jüngst in einem Zeitungsaufruf des Hanjabundes heißt. So ist es! Solange der Staat der brutale Diener eines feudalen Unternehmertums war, konnte er nicht genug zur Anobeldung der Arbeiterschaft eingreifen. Jetzt aber, wo er zum ersten Male in der Geschichte als Vertreter des Volksganzen auftritt und Demokratie in weitestem Sinne des Wortes zur Anwendung bringt, da ruft man nach dem längst überholten liberalen Manchestertum. Das kapitalistische Zeitalter mit seiner Demokratie des Rechts gehört der Vergangenheit an. Es erhielt den Todesstoß im großen Weltkriege. Die Idee, der Staat bestehe sich ewig in der Rolle des Nachwächters, ist verunten, und alle Bemühungen, sie wieder auszugraben, sind vergeblich. So gilt auch hier der Grundsatz:

Das Alte stirbt, es ändert sich die Zeit,  
Und neues Leben blüht aus den Ästernen!

Das Zeitalter der wirtschaftlichen Demokratie ist angebrochen, und Aufgabe der in den Gewerkschaften organisierten Massenarmee ist es, immer mehr für den Ausbau des sozialen Volksstaates Sorge zu tragen. Hat die französische Revolution die politische Freiheit gebracht, so gelangen wir erst jetzt dazu, auch wirtschaftliche Freiheit zu erzwingen.

Ferdinand Lassalle, der große Vorkämpfer des deutschen Proletariats sagte schon 1863: „Der Zweck des Staates ist also nicht der, dem einzelnen nur die persönliche Freiheit und das Eigentum zu schenken, mit welchem er nach der Idee der Bourgeoisie angeblich schon in den Staat eintritt; der Zweck des Staates ist vielmehr gerade der, durch diese Vereinigung die einzelnen in den Stand zu setzen, eine solche Stufe des Daseins zu erreichen, die sie als einzelne niemals erreichen könnten, sie zu befähigen, eine Summe von Bildung, Macht und Freiheit zu erlangen, die ihnen sämtlich als einzelnen schlechthin unerreichlich wäre.“ (Bw. (Köln).



# Sechzig Jahre Verbandsmitglied



Julius Belau in Berlin  
Eingetretten: 1. Januar 1869 — Seht Quatlieb



## Korrespondenzen

A. P. Berlin. Der Gauverein Berlin beging am 1. Dezember seine 66. Gründungsfeier als „Fest der 15 000“. Mit Freude konnte vermeldet werden, daß der größte Gau des Verbandes an seinem 66. Gründungstage diese Mitgliederzahl erreicht hat. Das traditionelle Berliner „Stiftungsfest“ wurde deshalb in diesem Jahre zu einem Massenfest gestempelt. Konnten auch nicht alle 15 000 Kollegen an diesem Fest teilnehmen, so bewies aber der Ausverkauf der Eintrittskarten, daß dennoch 6000 Kollegen an der Feier in der Riesen-Hallenhalle teilnahmen. Die unliebsam empfundene anfängliche Störung einiger Kollegen, die in den hintersten Reihen infolge des Rauchens nichts sehen und hören konnten, hätte unterbleiben können. Ein wenig mehr Benuzt und Rücksicht auf die andern wäre zu wünschen gewesen. Dennoch vermochte dieser Zwischenfall den guten Verlauf des Festes nicht zu beeinträchtigen. Als würdige Feier kann auch dieses Fest in die Reihe der Berliner Veranstaltungen eingereiht werden. Der erste Teil des Programms wurde eingeleitet durch ein sehr gutes „Kanzler-einer-Kapelle des Deutschen Musterverbandes“, „Unre Typographia“, unter Leitung ihres neuen Chormeisters Dr. Hugo Streifler, brachte den „Sierpruch“ von Wendau meisterhaft zu Gehör, worauf Gauvorsitzender Robert Braun eine Begrüßungsansprache hielt. Zurückverkehrt auf das einjährige „Fest der 10 000“ im damaligen Irkus Schumann gab er ein Bild der Entwicklung des Berliner Gauvereins, verwies auf die derzeitigen und uns noch bevorstehenden Kämpfe der Arbeiterschaft und forderte zur Einigkeit und Solidarität der Kollegen auf, um allen Möglichkeiten gegenseitig gegenüberstehen zu können. Begeistert stimmte die Masse in das auf den Verband ausgebrachte Hoch ein. Die „Typographia“ sang nunmehr „Sturm“ von Altkmann und „Trösterin Muffi“ von Budner, worauf ein Prolog

„Dem Gau zur Ehre“, verfaßt vom Kollegen Kurt Pekoold, gesprochen von unrem altheilichen Kollegen Otto de Roche, unter Mitwirkung der Jabelowischen Tanz- und Bewegungsgruppe, folgte. Eine Glanzleistung des Dichters und der Darsteller, war der Miefenbeifall und die besondere Anerkennung für den Dichter bewies. Nach weiteren Konzertstücken sang die „Typographia“ dem Komponisten Schubert zu Ehren den „Nachgesang im Walde“ (mit Hornbegleitung). Das ergreifend klingende „Brüder zur Sonne“ schloß den ersten Teil des Programms ab. Nunmehr folgte der heitere Teil, abwechselnd mit Ballett und anerkannt erstklassiger artistischer Vorführungen, die nur allseitiges Erstaunen, aber auch dröhnende Lachsalven auslösten und so die Stimmung der Besucher bis ins Übermäßige hob. Selbst der verwöhnteste Stalabesucher hat wohl zugeben müssen, daß unsre „Bergnügliche Kommission“ diesmal eine sehr gute Hand bei der Ausfertigung des Programms gehabt hat, wofür ihr hier besondere Anerkennung ausgesprochen sein soll. Am anschließenden Speiseaal konzertierte unser jetzt sehr gut besetztes Typographisches Orchester, dessen Darbietungen mit allseitiger Anerkennung und Beifall aufgenommen wurden. Zwei „alles umfassende“ den Gauverein würdigende Chorlieder der Kollegen Strich-Krause und Freitag trugen wesentlich zur Hebung der Stimmung bei. Eine „Fest-Zeitung“ gab es diesmal nicht, dafür konnte man in den Pausen die von der Vergnügungskommission herausgegebenen „Sahungen des Vereins der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer“, die aber nur für den 1. Dezember 1928 Gültigkeit hatten, studieren. Unfre Vereinsdichter können, nach der Aufnahme der „Sahungen“ zu urteilen, der „Wüderglöbe“ nur bestens empfohlen werden. Am 5 Uhr früh „Feierabend“ geboten wurde, und die U-Bahn die Antrömenden zu Mutttern beförderte, hörte man nur allseitige Zufriedenheit mit dem Verlauf des Festes; es hat zweifellos wieder einmal zur Förderung der Kollegialität beigetragen, und damit den § 1 Abs. 2 der „Sahungen“ erfüllt.

Dortmund. Unre Herbstbezirksversammlung leitete die hiesige „Typographia“ mit zwei Lieber Stimmungsspielen ein. Die Versammlung war äußerst zahlreich besucht, so daß der Versammlungsraum sich bald als zu klein erwies. Nach den üblichen Begrüßungsworten des Vorsitzenden E. F. E. rmann und der Erledigung des geschäftlichen Teiles erlittete unser Bezirkskassierer K o p s i e k e r den Vierteljahresbericht. Die Bezirkskasse hatte am Schluß des dritten Quartals einen Bestand von 5812 M. Das laufende Restantumwesen wurde scharf geprüft. Sollten sich die Verhältnisse im letzten Quartal nicht ändern, so werden sämtliche Restanten zum Ausschluß gestellt. Herr Dr. med. G r i l l e w a l d (Dortmund) hielt nunmehr einen Vortrag über „Veiweggiftung“. In dreiviertelstündigen Ausführungen führte er den Anwesenden die Gefahren der Veiweggiftung vor Augen und ermahnte besonders die Betriebsräte, für unbedingte Innehaltung der hygienischen Vorschriften zu sorgen, denn die größte Gefahr liege in dem Bleistaub. Auch stellte der Vortragende die Forderung, daß die Lehrlinge alle Vierteljahre untersucht würden, damit zeitigen, falls sich Symptome der Veiweggiftung zeigten, eingeschritten werden könnte. Aber den letzten Punkt „Die Lage auf dem Tarifgebiet“ referierte Kollege G e r m a n n eingehend. Den ausgeprägten Metallarbeitern wurde volle Sympathie ausgedrückt. — Die nächste Bezirksversammlung findet statutgemäß am Vorort statt.

Ehlingen a. N. Am 3. Dezember hat der hiesige Ortsverein nach längerer Pause mit einer B e r a m m l u n g seine Winteraktivität eröffnet. Erfreulich war der gute Besuch seitens der älteren Mitglieder; ein Ansporn für die jüngeren, es ihnen gleichzutun. Nach Erledigung des Punktes „Mitteilungen“ und einem kurzen Rückblick und Ausblick auf Organisations- und Gewerkschaftsverhältnisse erteilte Vorsitzender G u t e k u n s t unsern früheren Vorsitzenden Kollegen L i e b e r (Stuttgart) das Wort zu

## Dr. Konrad Duden zum Gedächtnis

Der hundertjährige Geburtstag des großen Philologen Dr. Konrad Duden ruft auch bei den Buchdruckern die Erinnerung an den Mann wach, der ein langes Leben hindurch an der Gestaltung und Verbesserung der deutschen Rechtschreibung arbeitete und durch seine wertvollen Rechtschreibbücher, vor allem durch seinen „Buchdrucker-Duden“, wie die „Rechtschreibung der Buchdruckereien deutscher Sprache“ allgemein hieß, uns allen ein vertrauter Bekannter geworden ist.

Am 3. Januar auf dem Gute Boffigt bei Wesel geboren, studierte Duden 1846 bis 1849 zu Bonn, war dann mehrere Jahre in Frankfurt a. M. und in Genua als Erzieher tätig und begann nach längeren Reisen in England, Frankreich und Italien seine pädagogische Tätigkeit als Gymnasiallehrer zu Soest. 1869 übernahm er die Leitung des Gymnasiums zu Schleiß, und 1876 wurde er Direktor des Gymnasiums zu Hersfeld, das er 29 Jahre, bis zu seinem Abtritt in den Ruhestand, leitete. Schon im Jahre 1872 erregte er durch seine Schrift „Die deutsche Rechtschreibung“ die Aufmerksamkeit der preussischen Regierung, die ihn daraufhin in die erste Orthographische Konferenz berief. Das Ergebnis dieser Konferenz, auf der übrigens die Meinungen nach der vorliegenden Niederschrift ziemlich weit auseinandergingen, war die sogenannte „Puttkamerische Orthographie“, die zuerst in Bayern und Österreich und 1880 in Preußen und danach in den übrigen deutschen Bundesstaaten eingeführt wurde, sich aber meist nur in den Schulen durchsetzte, während die Behörden und die Zeitungen und Bildererleger ihr ablehnend gegenüberstanden. Fürst Bismarck war ihr arminigster Gegner, wie Aussprüche und Randbemerkungen von ihm bewiesen. Deswegen wurde im amtlichen Verkehr die neue Rechtschreibung, die in der Schule gelehrt wurde, nicht angewandt. Das war natürlich ein unhaltbarer Zustand, unter dem die Buchdrucker am

meisten litten. Es herrschte bei der Druckartenherstellung ein wildes Durcheinander: manche Kunden verlangten Anwendung der neuen Rechtschreibung, die sie aber auch nicht völlig beherrschten und daher bunt durcheinanderschrieben; andre bemerkten auf dem Manuskript: „Nicht die Puttkamer-Orthographie anwenden!“, schrieben aber selbst durcheinander neue und alte Orthographie. Rein Menich kannte sich mehr aus, und daher verfügte mancher Prinzipal: „Nach Manuskript setzen!“, woraus allerlei wunderliche „Hausorthographien“ entstanden. In Erinnerung an diese für den Setzer und Korrektor schreckliche Zeit schrieb im Jahre 1919, als von Einzelgängern, die aber hohe Protektion hatten, wieder einmal ein Rechtschreibumsturz im großen Stile geplant wurde, ein alter Buchdrucker in den „Typographischen Mitteilungen“: „Dieber in der Sjzlla der amtlichen Rechtschreibung mit ihren hundertfältigen Schwierigkeiten verbleiben, als in die Charabbis des früheren Glends der sogenannten Hausorthographien zurückzukehren!“

Endlich fand im Juni 1901 auf Veranlassung des preussischen Unterrichtsministeriums eine neue Orthographische Konferenz statt, auf der Duden sich weit besser durchsetzen konnte als 1876. Die dort beschlossenen „Regeln für die deutsche Rechtschreibung nebst Wörterverzeichnis“ fanden dann bald allgemeine Einführung in den Schulen und bei den Behörden, und auch Zeitungen und Bücher wurden in rasch steigender Zahl in der neuen Rechtschreibung hergestellt. Sehr fördernd für die Buchdrucker waren aber immer noch die vielen Doppelformen und Doppelschreibungen, die das amtliche Regelbuch zuließ. Seit 1893 hatte Konrad Duden in dem jungen Schriftsetzer O t t o R e i n e k e, dem späteren Oberkorrektor der Reichsdruckerei, einen sähigen und eifrigen Mitarbeiter gefunden, der von da an bis zu Dudens Tode und darüber hinaus unermüdet an der Schaffung einer möglichst vollkommenen Rechtschreibung mitwirkte. Reincke empfand als Buchdrucker natürlich am besten die Notwendigkeit

möglichst einfacher und einheitlicher Rechtschreibregeln, und in vielen Briefen und Ausreden unterließ er sich mit Duden darüber. Auch diesem hatten die vielen Doppelschreibungen von Anfang an nicht gefallen. Gern nahm er den Auftrag an, im Verein mit Vertretern der Buchdrucker Deutschlands, Österreichs und der Schweiz ein besonderes Rechtschreibbuch für die Buchdrucker zu schaffen, das zwar die amtliche Rechtschreibung als selbstverständliche Grundlage betrachtete, aber doch viele Doppelschreibungen beseitigte. Es war der „Buchdrucker-Duden“, der im Juni 1903 in erster Auflage erschien und sofort Eingang in allen Buchdruckereien fand. Freilich war im „Buchdrucker-Duden“ die Einheitschreibung auch nicht reiflos gelöst. Duden mußte auch hier wieder auf die verschiedenen Wünsche der nicht wenigen Interessenten Rücksicht nehmen. Auf der vorbereitenden Konferenz, die die Herausgabe des „Buchdrucker-Duden“ einleitete, hatten Preussens Buchdruckerbesitzer andre Auffassungen über die Beschaffung mancher Doppelschreibungen als die aus Baden, Bayern oder gar aus Österreich. Duden war bestrebt, die auseinandergehenden Ansichten möglichst zusammenzubringen, die Einheitschreibung zu fördern und auch die Schreibung der Fremdwörter nach phonetischen (lautlichen) Grundsätzen zu vereinfachen. Ganz ist ihm das nicht gelungen, wie er selber bei der Herausgabe des Buches bekannte. Aber unablässig arbeitete er mit Reincke an der Vervollkommnung weiter. In der zweiten Auflage, die 1907 erschien, waren nicht nur die Doppelschreibungen zum größten Teil ausgemerzt, sondern auch eine Reihe entbehrlicher Doppelformen beseitigt.

Als Duden 1910 an die Bearbeitung einer neuen Auflage heranging, konnte er die Verschmelzung des alten Buches mit dem „Orthographischen Wörterbuch“ in Aussicht nehmen. Die Gründe für die Schaffung eines besonderen für Buchdrucker bestimmten Buches bestanden nicht mehr. Dasselbe Bedürfnis, das die Kreise der Buchdrucker veranlaßt hatte, alle Doppelschreibungen zu be-

seinem Vortrag über „Das Arbeitsfeld der Gewerkschaften“. In vorzüglichen Darlegungen entrollte der Redner ein Bild von der umfassenden Tätigkeit der Gewerkschaften im heutigen Wirtschaftsleben. Zum Schluß seiner Ausführungen behandelte er noch das Problem der Jugend mit besonderer Berücksichtigung unserer Berufsverhältnisse. Den hiesigen Ausführungen folgte lebhafter Beifall. Eine nachfolgende eifrige Diskussion brachte noch manche Auffklärung besonderer Fragen. Unter „Verschiedenem“ wurde noch die Frage der Ausbildung der hiesigen Lehrlinge an der Fachschule in Stuttgart behandelt. Kollege Fieber unterließ diese Anregungen und sprach die Hoffnung aus, daß in Bälde diese Frage zur Zufriedenheit gelöst wird. Des weiteren machte der Referent die Versammlung noch besonders auf die Bestimmungen der Lehrlingsordnung (Lehrvertrag, Statistik) usw. aufmerksam. Erledigung fand u. noch einige interne Angelegenheiten. Mit einem Appell, auch in Zukunft recht zahlreich sich am Versammlungsleben zu beteiligen, fand die interessant verlaufene Versammlung ihren Abschluß.

**Siegen.** Am 18. November fand hier unsere Herbst-Bezirksversammlung statt. Eine stattliche Anzahl Kollegen war erschienen. Vorsitzender Moutarde begrüßte die Versammlung aufs herzlichste. Nach Erledigung einiger Formalitäten erstattete der Vorsitzende den Geschäftsbericht. Einem verstorbenen Kollegen widmete er einen warmen Nachruf, und die Versammlung ehrte dessen Andenken in üblicher Weise. Es folgten die Berichte der einzelnen Ortsvereine, die im allgemeinen Gutes brachten. Rassenbericht und Bewegungstatistik lagen gedruckt vor. Die Vorstandswahl zeltigte die alle Zusammensetzung. Nach Erledigung einiger Anträge hielt Kollege M. Rhein (Siegen) einen Vortrag über „Das Arbeitsgerichtsrecht“. In etwa dreiviertelstündiger Rede machte er die Versammelten mit dem wesentlichen Inhalt des Gesetzes bekannt, wofür ihm lebhafter Beifall gesollt wurde. Als Ort der Frühjahr-Bezirksversammlung wurde Friedberg gewählt.

**Großenhain.** Wenn die Aufgabe noch einer Bestätigung bedürftig hätte, daß die Verbandsverwaltung vorzüglich geeignet sind, den Mitgliedern gewerkschaftliches Wissen zu vermitteln, dann wäre diese Bestätigung durch unsere sehr gut besuchte Versammlung am 30. November erneut erfolgt. „Gegenwartsaufgaben“ hieß das Thema, das unser neuer Gauvorsitzer, Kollege Sahlmann (Dresden), in einem beifällig aufgenommenen Vortrage behandelte. Der Redner bedeutete in anknüpfender Weise die trotz Aufschwung und Erweiterung der Betriebe herrschende Krisenphase im Lager der Prinzipale sowie deren Lohn- und Arbeitsbedingungen und das mit einem konstruierten Gehaltsmangel begründete Verlangen nach Höherhebung der Lehrlingskalkula sowie ferner das immer intensiver sich gestaltende Kontrollsystem. Der von den Prinzipalen in Köln beschlossene Sicherheitsfonds ist Abschreckungstheorie. Der Gehalt der Prinzipale muß die geschlossene Front der Gewerkschaft entgegengekehrt werden. Scharf geistige Kollege Sahlmann das Überflüssigen wegschneiden. In der Aussprache brachte Kollege Möbius das Verlangen des Ortsvereins nach Beteiligung oder Vereinfachung des Lokalaufschlags zum Ausdruck und beleuchtete den Unwillen der Kollegen über die ungerechtfertigten Feiergeldzuschläge. In seinem Schlußwort gab Kollege Sahlmann zu, daß die Lokalaufschläge nicht immer im Einklang mit den Preisunterstützungen stehen, konnte aber die Lösung dieser Frage im Sinne des Vorredners nicht empfehlen.

**Sannover.** Unsere stark besuchte Versammlung am 27. November beschäftigte sich in der Hauptsache mit einem aus Mitgliedsbeiträgen gestellten Antrage, eine zwischen-tarifliche Lohnerhöhung für das Buchdruckergewerbe zu fordern und durchzuführen. In einer ausgedehnten Aussprache kam immer wieder der Unwille über den im Früh-

jahr für unser Gewerbe gefällten Schiedsspruch zum Ausdruck. Während wir uns dem Schiedsspruch fügen mußten, sehe man jetzt, daß die Unternehmer, wenn ihnen ein solcher nicht in den Kram paßt, einfach auf den Schiedsspruch pfeifen und Hunderttausende von Arbeitern aus-sperren. Das müßte auch für uns das Signal sein, den im Frühjahr für uns gefällten Schiedsspruch als nicht mehr bindend zu erklären. Ein Teil der Redner war der Meinung, daß man erst das Urteil des Reichsarbeits-gerichts abwarten solle. Unter Ablehnung scharfer Ent-scheidungen fand folgende Entschlüsse einstimmige An-nahme: „Die Kollegenchaft Hannover fordert den Ver-bandsvorstand auf, rechtzeitig und mit allen Mitteln eine Besserung der Lebenshaltung der deutschen Buchdrucker-gehilfen dadurch herbeizuführen, daß eine erhebliche Er-höhung des durch den letzten Schiedsspruch festgelegten ungenügenden Lohnes eintritt. Nur tarifrechtliche Gründe und Achtung vor dem Gesetze halten die Kollegenchaft davon ab, sofort in eine Aktion zur Erzielung besserer Löhne zu treten.“ Auf Antrag des Vorstandes wurde so-dann noch beschlossen, zur Belebung der Versammlungen und zur Förderung der Bildungsbestrebungen, besonders in den Sparten, einen großen Lichtbildapparat anzu-schaffen, der auch in unserer Lehrlingsabteilung einem längt gefühlten Bedürfnis abzuhelfen bestimmt ist.

**Leipzig.** (Schriftgießer.) Unsere Versammlung am 22. November hatte sich eines beseren Besuches zu erfreuen als die beiden vorhergehenden Versammlungen. In einständigen, sehr interessanten Ausführungen gab der Vorsitzende einen Rückblick auf die Bewegung 1903 bis 1904. Chronologisch aufgebaut, vom Dresdner Kongreß 1901 ausgehend, schilderte Redner die einzelnen Phasen dieses halbjährigen Kampfes. Waren doch in allen Gieße-rieten teils durch Streik in Offenbach und darauf er-folgte Ausperrung, meist aber dem Wege von Ver-handlungen die Dresdner Kongreßbeschlüsse und damit die achtmonatshündige Arbeitszeit zur Einführung gekommen. Nur in Leipzig nicht. Unter dem damaligen Vorhitz des Herrn G. Giesele lehnten die hiesigen Unternehmer jede Verkürzung der Arbeitszeit schroff ab, obwohl die Gehilfen einer Revision des Komplettschichtentaris fähig waren. Es war trotz aller Bemühungen und Verhand-lungen nicht möglich, eine Einigung zu erzielen. Somit mußte am 14. November 1903 die hiesige Kollegenchaft die Kündigung einreichen. Ein letzter Vermittlungsversuch des Tarifamtes der Buchdrucker wurde von den Unternehmern abgelehnt. Desgleichen scheiterten die Bemühungen des Kollegen Verfaß (Berlin) an der Unnachgiebigkeit der Prinzipale. In der ersten Woche bewilligten die Firmen Brodhaus, Klobber und Wagner. Mit aller Schärfe und Erbitterung wurde nun der Kampf auf beiden Seiten geführt. Vom Werktag und der Redaktion des „Korr.“ erhielten wir weitestgehende Unterstützung. Es ist nicht möglich, alle Episoden und Einzelheiten hier anzuführen. Im März 1904 unternahm Herr Stadtrat Hirsch Schritte zur Beilegung des Kampfes, jedoch erfolglos. Zeit-gefallen muß werden, daß auch nicht ein einziger Kollege während des langen Kampfes zum Streikbrecher wurde. Nach 20wöchiger Dauer mußte der Kampf zum Abschluß gebracht werden. Anfang Mai 1904 kam es zu Verhand-lungen. Das Ergebnis war: Erhöhung des Minimums um 10 Proz.; Schaffung eines Tarifschiedsgerichts; Ein-führung einer Lehrlingskalkula. Leider mußte die Haupt-forderung, Verkürzung der Arbeitszeit, um die der Kampf entanden war, fallen gelassen werden. Ein berechtigter Unwille hatte die Gewerkschaft erfaßt, doch der Organi-sation hatte jeder die Treue bewahrt. So soll es bleiben für alle Zeit! Die Ausführungen des Vorsitzenden wurden sehr beifällig aufgenommen. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung brachte der Vorsitzende u. a. einen Schrift-wechsel der Zentralkommission mit der Zentrale der Unternehmer zur Kenntnis der Versammlung. Die Zen-tralkommission hatte in Anbetracht der hohen Zahl der Arbeitslosen und der Lage des Gewerbes im allgemeinen die Unternehmer ersucht, von einer Einstellung von Lehrlingen Oftern 1929 Abstand zu nehmen. Die Unternehmer erklärten ihren Mitgliedern freie Hand lassen zu müssen, die tariflichen Bestimmungen, Lehrlingskalkula, auszuüben oder nicht. Im übrigen sei die Arbeitsflaute im Gieße-rgewerbe eine vorübergehende Erscheinung (trotz fast jahre-langer Kurzarbeit und Stilllegung einiger Firmen). Ferner behaupten die Unternehmer, ein gut Teil Schuld an der jetzigen Lage treffe die Gehilfen, weil sie früher fast jede Abarbeitung abgelehnt und sich der Einstellung von Berufs-fremden widersetzt hätten und dadurch den Unternehmern die Gelegenheit genommen hätten, den Weltmarkt zu er-obern. Dem wurde entgegengehalten, daß Überstunden von den Gehilfen immer geleistet worden sind, wenn die Notwendigkeit dazu vorlag, und daß des weiteren keine einzige Firma von dem ihr durch einen Schiedsspruch zu-stehenden Recht, eine bestimmte Anzahl Berufsfremde ein-zustellen, Gebrauch gemacht hat. Für uns als Arbeiterchaft ein Zeichen, daß die Notwendigkeit dazu überhaupt nie vor-gelegen hat, daß aber auch der Beweis erbracht ist, daß es unmöglich ist, beliebige Arbeiter ohne weiteres an den Platz des geleerten Schriftgießers zu stellen. Nach alledem war die Versammlung der Überzeugung, daß außer-tarifliche Zugeständnisse von den Unternehmern nicht zu erwarten sind; und daß daraus für uns die Lehre zu ziehen ist, auch unsererseits den Tarif voll auszunutzen. Zum Ab-schluß des Akkordtarifs und des Lohnakkordens soll end-gültig in der nächsten Versammlung Stellung genommen werden. Die Arbeitslosigkeit ist (außer bei einer Firma) wie in allen übrigen Gieße-rieten flau. Bei teil-weiser Kurzarbeit und wechselhaftem Aussehen haben wir seit Monaten etwa 20 Arbeitslose.

**Münster i. W.** Unsere vierte Bezirksversamm-lung fand am 25. November am Borrote statt und war von 146 Kollegen besucht. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken des verstorbenen Kollegen Steger (Münster) in üblicher Weise gelehrt. Acht neue Mitglieder konnten Johann in unsere Reihen aufgenommen werden. Unter „Vereinsmitteilungen“ kam Vorstehender Greiner u. a. auch auf die Ausperrung der westfälischen Metall-arbeiter zu sprechen, worüber eine kleine Diskussion ein-setzte. Der Maternauswurf und die Schmuckkonkurrenz im hiesigen Bezirk wurden einer scharfen Kritik unter-

zogen. Wiederholt mußte darauf hingewiesen werden, daß Kollegen bei Kandidationsannahmen rechtzeitig Erlaub-nissen beim Gauvorsitzer einzuholen haben. Kassierer Ba-lker gab den Rassenbericht, der gedruckt vorlag. Es wurde ihm für prompte Rassenführung Entlastung erteilt. Für die Arbeitslosen, Ausgelassenen und Invaliden wurde u. Weisungen ein kleiner Betrag aus der Kasse be-willigt. Unter „Verschiedenem“ rügte der Vorsitzende den schwachen Verammlungsbesuch. Gerade die junge Kol-legenchaft sei es, die am meisten den Versammlungen fernbleibt. Jugendleiter Wöhler machte dann bekannt, daß im August oder September eine Jugendfahrt von Köln nach Berlin geplant sei. Auch auf die Agitation der christlichen Gewerkschaften und des Guttenbergbundes in Dülmen kam man zu sprechen. Die Geistlichkeit spiele dort eine große Rolle mit, ebenso wie im Ruhrgebiet.

**Neustadt a. d. S. (Drucker.)** Unsere hiesige Vereini-gung feierte am 17. November ihr 30jähriges Ju-biläum, verbunden mit Ehrung langjähriger Mit-glieder. Nach einigen Konzertstücken begrüßte Vorsitzender Stieh die erschienenen Kollegen und Gäste. Auf den Vor-trag eines Liebes unsres Kollegenfangereins „Guten-berg“ folgte die gefühlvolle Festrede unsres Kreisvor-sitzenden Sidinger. Zunächst übermittelte er im Namen des Kreisvorstandes der Druckervereini-gung die besten Glückwünsche in der Hoffnung, daß — wie bisher — auch weiterhin gearbeitet werden möge im Sinne unsrer Vereini-gung. In meisterhafter Weise führte er uns den Aufbau und Ausbau unsrer Organisation vor Augen, wobei er auch der Verdienste des Jubiläumsvereins ge-dachte. Sobann gedachte er der Mitglieder, die in lang-jähriger Arbeit ihr Bestes für den Verein gegeben haben. Mit dem Gebetsbitt, weiter zu arbeiten im Interesse des Verbandes der Deutschen Buchdrucker, schloß er seine in-haltreichen Worte. Hierauf überbrachte der Ortsvorsitzende D r e i e r im Auftrage von Mannheim-Lubwigshafen die her-zlichsten Glückwünsche und überreichte hierbei als äußeres Zeichen einen Pokal. Bezirksvorsitzender Reinwald übermittelte im Namen des Ortsvereins, des Bezirks-vereins sowie des Bezirksvorstandes dem festgebenden Verein sowie den Jubilaren die herzlichsten Glückwünsche mit dem Wunsch auf kollegiale Zusammenarbeit zum Wohle der Mutterorganisationsaufgaben. Vorsitzender Stieh dankte hierauf dem Festredner für seinen so inter-essanten Vortrag sowie allen übrigen Rednern für die dargebrachten Glückwünsche. Den Jubilaren überreichte er als äußeres Zeichen unsrer Dankbarkeit je eine Flasche Pfälzer Wein. Nun entließte sich Kollege Mayer (Speier) seiner angenehmen Pflicht, dem Jubiläums-verein, vor allem den Jubilaren die Grüße und Glück-wünsche der Kollegen von Speier zu übermitteln, ferner den Druckern herzlichen Dank im Namen der Jubilare auszu-sprechen. Vorsitzender Stieh gab hierauf noch die inzwischen eingelaufenen drei Glückwunschtelegramme der Druckerkollegen aus Kaiserslautern, Worms und Darm-stadt bekannt. Es folgten darauf abwechselnd Musikstücke sowie gesungene und humoristische Vorträge. Ein Ball bildete den Abschluß der harmonisch verlaufenen Feier.

**Trier. (Drucker.)** Unsere Vereini-gung unternahm am 18. November eine Fahrt nach Köln zur Be-fähigung der Walzengießerei von Feltz Böttcher G. m. b. H., Köln-Braunsfeld. In anerkennenswerter Weise hatte die Faktoreileitung den Betrieb zum Teil in Gang setzen lassen, so daß es möglich war, mehrere Walzengüsse vor den Augen der Kollegen auszuführen. Nach eingehender Er-läuterung, mit nachfolgendem Rundgang durch die Fabrik, sorgte der Männerchor „Graphia“ (Trier) durch Vortragen mehrerer Lieder für einen würdigen Abschluß. Sehr zu-frieden über das Entgegenkommen der Firma, traten die Trierer Drucker am Abend die Heimfahrt an.

## Allgemeine Rundschau

**Nachnahmewerte Beispiele.** Die Firma Vereinigte Druckerereim, G. m. b. H., in Magdeburg ge-währte ihrem Personal eine Weihnachtsgabe in gleicher Höhe wie im vergangenen Jahre. — Die „Gerdaener Zeitung“, G. m. b. H., in Gerdaun gab als Weihnachtsgabe ihrem Personal einen halben Wochenlohn aus, Lehrlinge erhielten die vollen Kostgebühren. — Die Firma L. a. t. a. h. a. in Bremen gewährte ihrem gesamten Personal Weihnachtsgeld von 10 bis 40 M. Der letzte Betrag kam hauptsächlich für die Setzer- und Druckerkollegen in Betracht.

**Meisterprüfung.** Vor der Handwerkerkammer Oepeln (Oberhessen) legte der Seherkollege Otto Kraemer aus Oepeln seine Meisterprüfung mit gutem Erfolge ab.

**Wer darf Lehrlinge einstellen und ausbilden?** Nach der Gewerbeordnung ist solchen Personen, die die Meisterprüfung abgelegt haben oder vor dem 1. Oktober 1879 geboren sind, oder bereits vor dem 1. Oktober 1901 ihr Gewerbe selbständig betrieben haben, das Recht ein-geräumt, den Meistereritzel zu führen und Lehrlinge aus-zubilden. Ebenso sind Gehilfen, Faktoren und Werkmeister berechtigt, Lehrlinge auszubilden, wenn sie die Meisterprüfung mit Erfolg abgelegt haben oder wenn ihnen die Anleitungsbezugnis von der unteren Verwaltungsbehörde verliehen wurde. Bei Abschluß des Lehrvertrags muß auf diese gefälligen Vorschriften genau geachtet werden, wenn dem Lehrling kein Schaden zugefügt werden soll. In den neuzeitlichen Lehrverträgen, so in den rheinisch-westfälischen, den sächsischen, den sibirischen, den württem-bergschen sowie in denen der Handwerkerkammerbezirke Darmstadt, Kassel, Wiesbaden, Hamburg, Hannover, Würzburg usw., sind Fragen nach der abgelegten Meisterprüfung bzw. nach der Anleitungsbezugnis gestellt, die vom Lehreren beantwortet werden müssen. Wie wenig die gefälligen Bestimmungen hinsichtlich der Anleitungs-bezugnis bisher beachtet wurden, wird jetzt in steigendem Maße von den Sachverständigen festgelegt. So wurden aus dem Bezirk Wachen dem dortigen Sachauschuß nicht weniger als 30 Verträge gegen die Bestimmungen der Lehrvertragsordnung gemeldet, worunter sich 14 Fälle be-fanden, in denen es an der Anleitungsbezugnis fehlte. Solche Erfordernisse lassen die Mählung als dringend er-scheinen; Bergewittert auch vor Abschluß, des Lehrver-trags über die Anleitungsbezugnis!

seitigen, hatte auch andre Kreise zu ähnlichen Maßregeln bestimmt. So sollte das neue Buch als Rechtschreibbuch für die ganze schreibende Welt deutscher Junge gelten und die Vorzüge von Dubens „Rechtschreibung der Buchdrucker-eiendeutscher Sprache“ sollten auch dem „Orthographischen Wörterbuch“ zugute kommen.

Die Hauptarbeit leistete auch der mehr als 40-jährige im Verein mit seinem treuen Mitarbeiter Otto Reinecke nach. Aber die endgültige Fertigstellung des „Großen Dubens“, der erst 1915 erschien, war Konrad Duben nicht mehr beschieden. Am 1. August 1911 kam aus Sonnenberg bei Wiesbaden, wo er seit 1905 im Ruhestand lebte, die Trauernachricht, daß der Altmeister der deut-schen Rechtschreibung, der Geh. Regierungsrat Dr. Konrad Duben, sanft und friedlich verschieden sei. In einem Nach-ruf wies Otto Reinecke auf das schon erwähnte innige Verhältnis Dubens mit den Buchdruckern in folgenden Sätzen hin: „Duben, der feinsinnige Philologe, der be-rühmte Rechtschreiblehrer, schloß ein Bündnis mit den Buchdruckern, das auch der Tod nicht lösen kann. Er er-kannte, wofür großen Wert die Buchdruckerkunst für die Durchführung der Rechtschreibung hat, und schätzte insfol-geden die Angehörigen dieses Standes hoch. Und wir Buch-drucker erkannten, daß wir von niemand besser und maß-gebender beraten werden konnten als von ihm, dem Schöpfer und besten Ausleger der neuen deutschen Rechtschreibung. Diese Tatsachen haben uns ihm und ihn uns so nahe gebracht, daß wir von einer wirklichen Freundschaft mit dem großen Manne sprechen können.“ Diese Sätze kennzeichnen treffend das Verhältnis Dubens zu den Buchdruckern. Und wenn wir heute an der Verbesserung und Vereinfachung seiner Rechtschreibregeln weiterarbeiten, so erfüllen wir damit seinen Wunsch. Er hat in die Regel-sätze der früheren Schreibweisen, die sich oft bis zur Unkenntlichkeit steigerte, Ordnung und System gebracht. Seine Nachfolger mögen weiterbauen!

Albrecht Hütle.





